

Verletzte bei Messerstecherei in Murten

MURTEN In der Nacht von Freitag auf Samstag kam es in der Murtner Altstadt zu einer Messerstecherei mit zwei Verletzten. Wie die Kantonspolizei Freiburg auf Anfrage mitteilt, waren insgesamt fünf Personen daran beteiligt. Zwei Personen mussten mit leichten bis mittelschweren Verletzungen ins Spital gebracht werden. Die beiden Opfer konnten laut Polizei genaue Angaben zu den Tätern machen. Noch in derselben Nacht hielt eine Polizeipatrouille in Avenches einen Verdächtigen an, der seine Beteiligung gestand. Zwei weitere Verdächtige wurden wenig später ebenfalls aufgegriffen; in ihrem Fall läuft die Untersuchung noch. Die drei Personen wohnen laut Angaben der Kantonspolizei in der Region. *luk*

Express

Einbrecher auf frischer Tat ertappt

LULLY Ein Einbrecher ist am Samstag um 1.55 Uhr in Lully in die Gemeindeverwaltung eingestiegen. Nachdem die Polizei durch Dritte alarmiert worden war, leitete sie sofort die Fahndung nach allfälligen Verdächtigen ein. Vor Ort konnte schliesslich ein Mann verhaftet werden, als er gerade versuchte, das Gebäude durch ein zuvor eingeschlagenes Fenster zu verlassen. Wie die Kantonspolizei in einer Pressemitteilung schreibt, handelte es sich dabei um einen 28-jährigen Marokkaner, der den Schweizer Behörden bereits bekannt ist. Der Mann verfügt über keinen festen Wohnsitz. *hw*

Pressesprecherin der Polizei gibt Amt ab

FREIBURG Donatella Del Vecchio, Verantwortliche des Medien- und Präventionsdienstes bei der Kantonspolizei Freiburg, gibt auf den 31. Januar 2014 ihr Amt ab, wie die Polizei in einer Mitteilung schreibt. Sie war seit Oktober 2011 Pressverantwortliche. *im*

Lokale Unternehmen kommen bei Aufträgen des Kantons nicht zu kurz

Ein klares und faires Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge nützt am Ende allen, findet der Staatsrat.

FAHRETTIN CALISLAR

Der Staatsrat eruierte, wie weit die öffentliche Hand bei der Vergabe von Aufträgen Anliegen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit berücksichtigen darf. So antwortet der Staatsrat auf einen Vorstoss der FDP-Grossräte Didier Castella (Pringy) und Nadine Gobet (Bulle). Sie hatten gefordert, dass bei der Ausschreibung generell Unternehmen aus der Region zum Zug kommen sollten. Sie regten an, dass die Ökologie ein wichtiges Auswahlkriterium sein soll.

Sie hatten mehrere Fälle angesprochen, bei denen aus ihrer Sicht ungerechtfertigterweise einheimische Betriebe missachtet wurden. Sie beziehen sich vor allem auf die Vergabe eines Auftrages durch das Amt für Strassen und Schifffahrt (ASS) an ein Unternehmen aus dem Kanton Zürich im Zusammenhang mit Nummernschildern (Kasten). Bis anhin hatte die Firma Firmann aus Bulle diese hergestellt.

Diskriminierung vermeiden

Der Staatsrat erläuterte, dass die Behörden bei der Vergabe von grösseren Aufträgen viele Vorschriften zu befolgen haben. Diese seien auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene geregelt. Diese Regeln ermöglichten den Freiburger Unternehmen, auf Märkten in der Schweiz oder im Ausland anzubieten, so der Staatsrat. Und so könnten Firmen aus Freiburg Bauarbeiten am Genfersee ausführen. Bei kleineren Aufträgen nütze die öffentliche Hand zumeist ihre Wahlfreiheit zugunsten lokaler Unternehmen.

Der Staatsrat gibt aber zu bedenken, dass die Unterstützung von lokalen Unterneh-



Die Vergabe des Auftrags für die Herstellung von Nummernschildern an eine Zürcher Firma stiess FDP-Grossräten sauer auf. Bild Charles Ellena/a

men nicht zu den Zielen des Beschaffungswesens gehöre. Vielmehr gehe es darum, diskriminierende Schutzmassnahmen für die eigene Wirtschaft zu vermeiden und den Markt spielen zu lassen.

Ökologie könne nicht als entscheidendes Kriterium angeführt werden. Vielmehr gebe es eine ganze Reihe von Faktoren, unter denen der Kundendienst und die Nachwuchsförderung rangieren. Allerdings könne man eine ausländische Firma nicht dafür bestrafen, dass sie keine Lehrlingsausbildung nach Schweizer Muster habe. Man müsse schliesslich eine Gesamtrechnung machen, in welcher der Preis ein gewisses Gewicht haben müsse. Dieser Anteil sei wie die anderen Kriterien auch vorgegeben und müsse bei der

Ausschreibung transparent gemacht werden.

So erhalte den Auftrag, wer das insgesamt günstigste Angebot vorlege. Dies alles sei

den Unternehmen bekannt; es gebe schon Handbücher, und es brauche nicht noch neue, hielt der Staatsrat einer Forderung der beiden Grossräte ent-

Nummernschild: Ausschreibung als wirksame Sparmassnahme

Die FDP-Grossräte Nadine Gobet und Didier Castella sprachen in ihrem Vorstoss namentlich einen Fall an: Die Firma Firmann aus Bulle verlor Anfang dieses Jahres bei einer Ausschreibung einen Auftrag für die Produktion von Kontrollschildern, rund 30000 pro Jahr. Der Preis war bei der Ausschreibung zentral, was den beteiligten Firmen klar war, schreibt der

Staatsrat in seiner Antwort. Das Strassenverkehrsamt (ASS) hatte die Greyerzer Firma oft aufgefordert, die Preise zu senken. Sie offerierte dann zwar deutlich niedriger, doch den Zuschlag erhielt die Konkurrenz, die ihre Dienste für 158000 Franken anbot. Zuvor hätte das ASS aufgrund des alten Vertrags noch 287000 Franken für den Auftrag zahlen müssen. Nun kann es die Kosten tiefer halten. *fca*

gegen. Er stellt im Übrigen fest, dass Freiburger Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen in der Realität in den meisten Fällen den Zuschlag erhalten. Denn gerade bei Aufträgen an Baufirmen sei Ortskenntnis in der Regel ein Argument. Entscheidend sei, dass die Vorgaben einen Bezug zur gesuchten Leistung haben.

Damit können Ökologie und Nachhaltigkeit durchaus Auswahlkriterien sein, solange sie nicht dazu dienen, auswärtige Konkurrenten auszuschliessen. Da die Ziele Ökologie und Nachhaltigkeit ihm wichtig seien, schliesst der Staatsrat, habe er die Wirtschaftsförderung mit einer Studie beauftragt. Diese soll herausfinden, wie Nachhaltigkeit und Ökologie stärker in die Ausschreibungen einfließen können.



Weihnachten Alle Türen schön verpackt

TAFERS An der OS Tafers haben die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen die Schulzimmertüren während der Adventszeit besonders gerne geöffnet: Vorweihnachtlich dekoriert, sorgten die Adventstüren im ganzen Schulhaus für 35 stimmungsvolle Farbtupfer. *ak/Bild zvg*

«Der Staat kann nicht an die Stelle eines industriellen Investors treten»

Zwei Grossräte wollten von der Kantonsregierung wissen, ob der Staat im Dossier Ilford aktiv wird.

FREIBURG Als Ende November bekannt wurde, dass es für die Firma Ilford Imaging GmbH in Marly keine Hoffnung mehr gibt, wandten sich zwei Grossräte besorgt an den Staatsrat. Xavier Ganioz (SP, Freiburg) und Simon Bischof (SP, Ursy) wollten von der Kantonsregierung wissen, ob der Staat im Fall Ilford zu handeln gedenke, ob es möglich sei, dass der Kanton die Gebäude der Ilford kaufe und weshalb der Staat die anliegenden Grundstücke nicht gekauft habe.

Nachdem Anfang Dezember das Konkursverfahren eröffnet wurde, antwortet der Staatsrat nun, dass sich die Regierung im Dossier Ilford mehrmals aktiv beteiligt habe. «Während

den kritischen Phasen haben die Dienststellen der Volkswirtschaftsdirektion die Firma aktiv unterstützt, so etwa das Amt für den Arbeitsmarkt und die öffentliche Arbeitslosen-kasse in Bezug auf die direkt betroffenen Arbeitnehmenden, das Amt für Berufsbildung für die Platzierung der Lernenden und schliesslich die Wirtschaftsförderung, die Kontakte mit möglichen industriellen Investoren hergestellt und sich an der Erarbeitung von Rettungsszenarien beteiligt hat.»

Dennoch hätten sich alle potenziellen Investoren zurückgezogen. «Der Staat kann nicht an die Stelle eines industriellen Investors treten», hält die Regierung fest. Doch der Staat verfolge weiterhin alle Szenarien für eine Übernahme der Tätigkeit oder eines Teils davon im Rahmen des Konkurses. «Falls es ein industriel-

les Projekt gibt, mit dem die Arbeitsplätze erhalten bleiben oder mit dem die Tätigkeit von Ilford Imaging im Kanton Freiburg ganz oder teilweise aufrechterhalten werden könnte, wird er eine allfällige Unterstützung prüfen.»

Der Staat werde darauf achten, dass die Tätigkeit der Firmen, die auf dem Gelände von Ilford eingemietet sind, nicht gefährdet wird.

Konnte Land nicht kaufen

Zur letzten Frage der Grossräte in Bezug auf die Landkäufe hält der Staatsrat fest, dass der Kanton nur Industriegebiete kaufen könne. Da bei den Landverkäufen der Ilford Property im Sommer 2013 die Umzonung in die Wohnzone eine zwingende Bedingung war, habe der Staat nicht über die nötigen Gesetzesgrundlagen verfügt, um einen Kauf zu tätigen. *mir*